

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung
Vernehmlassung Pauschalbesteuerung
Eigerstrasse 65
3003 Bern

16. Dezember 2010

**Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP fordert die **Abschaffung der Pauschalbesteuerung**. Diese gezielte Bevorteilung reicher Ausländerinnen und Ausländer untergräbt die Steuergerechtigkeit und ritzt den Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der Volksentscheid im Kanton Zürich hat gezeigt, dass die Pauschalbesteuerung in der Bevölkerung entscheidend an Rückhalt verloren hat und ihre Abschaffung mehrheitsfähig ist.

Sollte der Bundesrat an der Besteuerung nach dem Aufwand festhalten wollen, fordert die EVP schweizweit **einheitliche und restriktive Regeln** für die Pauschalbesteuerung sowohl im Gesetz über die direkte Bundessteuer DBG wie auch im Steuerharmonisierungsgesetz StHG. Sie verlangt konkret eine Erhöhung der Mindestlimiten (600'000 Franken minimale Bemessungsgrundlage / Zehnfaches des jährlichen Mietzinses oder Mietwerts / Vierfaches des jährlichen Pensionspreises) und nimmt im Einzelnen wie folgt Stellung:

- **Pauschalbesteuerung nur für Ausländer:** Die EVP ist damit einverstanden, dass die Besteuerung nach dem Aufwand nur von **Ausländern**, nicht aber von Schweizer Bürgern in Anspruch genommen werden kann.
- **Lebenshaltungskosten:** Die EVP begrüsst die Präzisierung, wonach die **weltweit** entstandenen Lebenshaltungskosten für die Bemessung massgebend sind.
- **Mindestbeträge:** Für die EVP ist selbstverständlich, dass die Besteuerung nach dem Aufwand sowohl bei der direkten Bundessteuer wie in den Kantonen auf

Mindestbeträge abstützen muss, von welchen jeweils der höchste zum Zug kommt.

- *Minimale Bemessungsgrundlage: In Übereinstimmung mit der Erhöhung der übrigen Beträge soll die minimale Bemessungsgrundlage mindestens **600'000 Franken** statt 400'000 Franken betragen. **Dieser Minimalbetrag soll den Kantonen – sofern sie die Besteuerung nach dem Aufwand zulassen wollen – nicht nur im Grundsatz, sondern auch in der konkreten Höhe im StHG vorgeschrieben werden.***
- *Mietzins oder Mietwert: für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt soll das **Zehnfache** (nicht das Siebenfache) des jährlichen Mietzinses oder Mietwerts herangezogen werden (in DBG und StHG).*
- *Pensionspreis: Ebenfalls soll als Mindestlimite für den weltweiten Aufwand das **Vierfache** (nicht das Dreifache) des jährlichen Pensionspreises für Unterkunft und Verpflegung gelten.*
- *Bruttoerträge: Die EVP begrüsst ausdrücklich, dass die Steuer nach den **tatsächlichen Bruttoerträgen** bemessen wird, falls diese die obigen Mindestlimiten überschreiten.*

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier